

Niederschrift der Sitzung zum Fahrplan Deichsanierung am Rhein am 29.09.2022

Begrüßung

Herr Staatssekretär Haase begrüßt die Hochwasserschutzpflichtigen und die Vertreter der Bezirksregierung zur 8. Sitzung zum „Fahrplan Deichsanierung“, welche seit der Corona-Pandemie erstmals wieder als Präsenzveranstaltung stattfinden kann.

Nach den Problemen der letzten Jahre mit Niedrigwasser und der aktuell vorherrschenden Trockenheit zeige das letztjährige Hochwasser an der Ahr, dass das nächste Hochwasser schneller kommen könne als gedacht. Die Anfänge des Fahrplans habe er verfolgt und der ihm nun vorliegende Bericht mit der Einführung des vorgeschlagenen Ampelsystems zeige, dass von 44 Sanierungsmaßnahmen aktuell 25 Maßnahmen auf Rot stünden und somit keine planbare Festlegung der Zeitschiene zur Umsetzung bestimmbar sei. Dies läge an den hochkomplexen Prozessen, für die bereits eine Ursachenanalyse erfolgt sei. Für die Landesregierung stehe der Hochwasserschutz mit einem hohen Stellenwert auf der Tagesordnung. Der vorliegende Nachtragshaushalt ermögliche unter anderem die Schaffung von 100 neuen Stellen.

Herr Regierungsvizepräsident Schlapka begrüßt ebenfalls die Hochwasserschutzpflichtigen und die Vertreter des Umweltministeriums und entschuldigt die Abwesenheit des neuen Regierungspräsidenten, Herrn Schürmann, der kurzfristig erkrankt sei.

Er blickt ebenfalls noch einmal auf die Flutkatastrophe zurück und lobt die zeitnahe und schnelle Hilfe der Bezirksregierung bei der Auszahlung der Flutopferhilfe.

Ergänzend zu den Worten des Staatssekretärs fügt Herr Schlapka hinzu, dass in diesem Jahr die steigenden Rohstoffpreise und deren entsprechend schwerere Verfügbarkeit durch den Ukraine-Krieg die fristgerechte Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen zusätzlich erschwerten.

Mit dem Verweis auf die im Plenarsaal in Wandbildern dargestellten Beamtentugenden verdeutlicht Herr Schlapka die Anforderungen der Neuausrichtung des Fahrplans an die Bezirksregierung Düsseldorf. Der

„Fleiß“ veranschauliche die Herausforderungen, die sich aus dem OVG-Urteil ergäben. Die „Wahrheit“ zeige, dass das bisherige Zeitziel 2025 nicht erreicht werden könne. „Recht und Ordnung“ seien die Grundlage jedes Handelns der Bezirksregierung, und die „Eintracht“ stehe für das gemeinsam gesetzte Ziel, die Hochwasserschutzanlagen am Rhein zu ertüchtigen.

Sachstand aus Sicht des MUNV

Herr Bowkun erläutert die Situation bzgl. der Bereitstellung der Fördermittel seitens des MUNV. Bei der Erstauflage des Fahrplans in 2014 seien die Gesamtkosten für die Umsetzung der Deichsanierungsprojekte insgesamt mit rund 500 Mio. € abgeschätzt worden. Vor dem Hintergrund des Fördersatzes von 80 % für Deichsanierungen und einer 100 % Finanzierung von Poldermaßnahmen habe sich ein Finanzierungsvolumen von rund 413 Mio. € ergeben. Nach der Auswertung der bewilligten Haushaltsmittel seien bis 2022 rd. 113 Mio. € für Planungsleistungen und Sanierungen der HWS-Anlagen ausgezahlt worden. Nach der Mittelabflussprognose der nächsten zehn Jahre sei zu erwarten, dass rd. 700 Mio. € für die Umsetzung der verbleibenden Deichsanierungsmaßnahmen benötigt würden. Aufgrund der derzeit bestehenden Vorbelastungen für Hochwasserschutzprojekte insgesamt in NRW sei davon auszugehen, dass die laufenden Maßnahmen in den nächsten drei Jahren finanziell abgesichert seien. Jedoch könne aufgrund von weiteren Kostensteigerungen eine Unterfinanzierung nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Für das Haushaltsjahr 2023 seien für den Hochwasserschutz landesweit 90 Mio. € angemeldet und damit 14 Mio. € mehr als im Vorjahr. Die nicht verausgabten Kassenmittel würden im Rahmen der Selbstbewirtschaftung in das Folgejahr übertragen. Sie stünden somit weiterhin für die bereits bewilligten Maßnahmen und auch für neue Maßnahmen zur Verfügung.

Die Mittelabflussprognose der nächsten zehn Jahre sei durch die Bezirksregierung zu aktualisieren. Er weist in diesem Zusammenhang die Hochwasserschutzpflichtigen darauf hin, dass nicht verbrauchte Mittel entsprechend der Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre anzupassen seien. Die Mittelanmeldungen seien auf den tatsächlichen Bedarf auszurichten. Bislang sei zwar einiges erreicht worden, das Gesamtergebnis sei derzeit aber nicht zufriedenstellend.

Sachstand aus Sicht der Bezirksregierung Düsseldorf

24. Januar 2023
Seite 3 von 9

Herr Matthes stellt den Anwesenden in Vertretung für die Hochwasserschutz-Dezernentin, Frau Nees, den Sachstand seitens der Bezirksregierung Düsseldorf vor.

Bei der letztjährigen Fahrplansitzung sei der „Fahrplan Deichsanierung“ erstmals nicht fortgeschrieben worden. Das im Jahr 2014 gemeinsam festgesetzte Zeitziel 2025 sei nicht realisierbar. Der diesjährige Fahrplan Deichsanierung wolle den Fokus insbesondere auf die Belastbarkeit der Zeitziele legen, die in der Vergangenheit kritisch hinterfragt worden seien. Er verweist auf die Einführung der projektbezogenen Maßnahmensteckbriefe im Jahr 2021, die in der letzten Fahrplansitzung angeregt worden sei.

Bei der Vorstellung der Auswertung weist Herr Matthes darauf hin, dass erneut signifikante Verschiebungen bei 22 der 44 Maßnahmen eingetreten seien. In diesem Jahr werde aber weniger Fokus auf die detaillierte Auswertung der Zahlen gelegt, vielmehr erfolge eine nähere Betrachtung der Verschiebungen durch die Differenzierung nach Projektphasen, den aufgestellten Fallgruppen.

Schwerpunktmäßig träten die entstandenen Verschiebungen in den beiden Fallgruppen a (Vorplanung) und d (Umsetzung) auf. Gründe für Verschiebungen sein überwiegend diejenigen, die bereits aus den letzten Jahren bekannt seien. Dies betreffe unter anderem die Personalknappheit bei allen Beteiligten sowie bei den planenden Ingenieurbüros und daraus resultierende Auswirkungen auf die Antragsunterlagen, die Genehmigungsverfahren und die Ausführungsplanungen. Trotz der vielen Verschiebungen und neuen Erschwernisse sei der „Fahrplan Deichsanierung“ unverzichtbar. Er sei sehr wichtig für die Kalkulation der Ressourcen sowie die Transparenz und diene als Grundlage für das risikobasierte Abarbeiten der Verfahren. Weiter sollen der Austausch über die Zielerreichung und die regelmäßigen Bestandsaufnahmen beibehalten werden.

Herr Matthes stellt anschließend die Neuausrichtung des Fahrplans vor. Das Balkendiagramm beinhalte nun zusätzlich die Darstellung der weiteren Prozessschritte nach erfolgter Planfeststellung. Maßnahmen mit nicht belastbaren Zeitschienen würden grau hinterlegt.

Mit Einführung der erstmals erstellten projektbezogenen Maßnahmensteckbriefe werde in Zukunft auf die bisher vorzulegenden Sachstands-

berichte der HWS-Pflichtigen verzichtet. Die Maßnahmensteckbriefe hätten sich für die Auswertung als gutes Instrument herausgestellt. Der Vorteil liege in der Beschreibung projektbezogener Eckdaten. Dadurch würden die berichteten Zeitplanungen belastbarer.

Die Darstellung der Belastbarkeit der Maßnahmen erfolge in drei Kategorien: grün (Maßnahmen nach Planfeststellung mit belastbarer Zeitschiene für die Umsetzung), gelb (Maßnahmen mit belastbarer Zeitschiene für Planfeststellung und weitgehend absehbarer Umsetzung) und rot (Maßnahmen mit nicht planbarer Zeitschiene für Planfeststellung und Umsetzung).

Er führt an, dass die rote Kategorie sich oft aufgrund des OVG-Urteils zum Himmelgeister Rheinbogen ergebe. Die Hochwasserschutzpflichtigen seien diesbezüglich nach interner Auswertung des Urteils im Sommer 2022 von der Bezirksregierung projektbezogen angeschrieben worden und hätten sich im Idealfall bereits mit der Rückverlegungsbetrachtung auseinandergesetzt. Im Zweifelsfall müsste diese nochmals untersucht werden. Über die von der Bezirksregierung eingereichte Nichtzulassungsbeschwerde beim OVG müsse das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig noch entscheiden. Zwischenzeitlich werde die Zeit aber genutzt, um die Unterlagen zu ergänzen und die Verfahren weiterhin voranzutreiben.

Sachstand aus Sicht des AK HuG

Herr Friedrich unterstreicht ebenfalls, dass der „Fahrplan Deichsanierung“ eine richtige Entscheidung für den Hochwasserschutz sei und als eine Art Richtschnur zur Umsetzung der Maßnahmen der Orientierung diene. Nach seiner Meinung sei dieser nicht mehr zeitgenau aufgrund der fortwährenden jährlichen Verschiebungen. Die abgefragten Rechtfertigungsgründe hierfür sorgten zum Teil für Unmut bei den HWS-Pflichtigen.

Durch die Einbindung der Bürger bereits zu Beginn eines Planfeststellungsverfahrens seien die Anforderungen zum Erhalt des Beschlusses komplexer geworden. Die seitens der Gesetzgebung angekündigte Entfesselung der Bürokratie sei bis heute nicht in der Wasserwirtschaft angekommen. Die bunten Kategorien zur Neuausrichtung des Fahrplans hülften da nicht weiter.

Herr Friedrich erläutert, dass früher mit dem Amt des Oberdeichinspektors (im damaligen Staatlichen Umweltamt Krefeld) die Prozesse bezüglich der technischen Planung einfacher gewesen seien, die Bezirksregierung solle doch ihre Kernkompetenz - Verwaltung - in den Vordergrund stellen. Zudem würden Förderanträge nur schleppend abgearbeitet.

Herr Friedrich äußert sich kritisch zum OVG-Urteil und dessen Folgen, welches die Deichsanierungen am Niederrhein lahmlege; die HWS-Pflichtigen seien die Opfer des Urteils.

Planungen, die bereits in den 90-iger Jahren begonnen hätten, müssten jetzt mit Blick auf Rückverlegungsvarianten geprüft und ggf. geändert werden. Dadurch entstehe Unmut bei zahlungspflichtigen Verbandsmitgliedern, die die bisherigen Kosten durch ihre Beiträge mitgetragen haben und deren landwirtschaftlich genutzten Flächen nun ausgedeicht werden könnten, um zukünftig im Vorland zu liegen. Der erforderliche Flächenerwerb für die breiteren Aufstandsflächen der regelgerechten Deiche sei schon schwierig genug, die neuen Anforderungen könnten schlecht an die Verbandsmitglieder vor Ort vermittelt werden. Daraus folge ein Vertrauensverlust, die Politik müsse sich dieser Thematik annehmen. Die HWS-Pflichtigen dürften dabei nicht alleine gelassen werden. Als Resümee könne erfolgreicher Hochwasserschutz nur mit den Menschen und nicht gegen deren Willen umgesetzt werden.

Zudem wünscht sich Herr Friedrich eine Dienstbesprechung, bei welcher die Themen „Auswirkungen durch das OVG-Urteil“ und „Kampfmittel“ diskutiert werden. Wünschenswert wäre außerdem ein Anforderungskatalog für die einzureichenden Antragsunterlagen von Seiten der Bezirksregierung, welcher die HWS-Pflichtigen bei ihrer Arbeit unterstützen würde.

Anmerkung:

Zu den Themen Dienstbesprechung und Kampfmittel wird auf den Punkt „Verschiedenes“ verwiesen, bzgl. des OVG-Urteils wird auf den Punkt „weiteres Vorgehen“ verwiesen.

Ein Anforderungskatalog wird derzeit erstellt und zeitnah auf der Internetseite der Bezirksregierung veröffentlicht.

Weiteres Vorgehen

Herr Matthes fragt bei den Anwesenden nach, ob gegen die vorgeschlagene Neuausrichtung des „Fahrplan Deichsanierung“ Bedenken bestünden.

Herr Hülser (DV Mehrum) äußert seine Bedenken und möchte dem Fahrplan erst einmal nicht zustimmen. Die Vorbereitungszeit von einer Woche sei zu kurz gewesen, sodass keine Abstimmung zwischen den HWS-Pflichtigen bezüglich der Neuausrichtung möglich gewesen sei. Herr Matthes entgegnet, dass die Unterlagen in der Vergangenheit nie früher versandt worden seien.

Herr Paeßens (DV Duisburg-Xanten) verweist auf die Probleme durch das OVG-Urteil und sieht die Zeitplanung durch erforderliche Umplanungen, auch bei bereits fertig geplanten Maßnahmen, kritisch.

Herr Lieberoth-Leden entgegnet hierzu, dass durch das Urteil nicht grundsätzlich alle Maßnahmen neu zu planen seien. Für kurzfristige Gespräche mit den HWS-Pflichtigen zu diesem Thema stehe das MUNV zur Verfügung.

Herr Paeßens sieht ein solches Gespräch als wünschenswert an.

Anmerkung: Ein allgemeiner Termin zum OVG-Urteil wird von der Bezirksregierung Düsseldorf derzeit als nicht zielführend angesehen. Stattdessen soll die Beratung weiterhin einzelfallbezogen gesondert pro Verfahren stattfinden. Darüber hinaus werden alle Hochwasserschutzpflichtigen über allgemeingültige Erkenntnisse und Festlegungen informiert.

Herr Hülser äußert sich weiterhin kritisch zum Fahrplan. Seiner Meinung nach müsse sich dieser strukturell verbessern und stellt dies als offene Frage an die Beteiligten in den Raum. Die Strukturen innerhalb der Bezirksregierung mit Technik und Verwaltung seien zu überdenken. Ebenfalls sei die neue Farbgebung der Neuausrichtung nicht hilfreich.

Herr Matthes stimmt zu, dass die Planfeststellungsverfahren noch besser werden müssen. Allerdings hätten die vermeintlichen Defizite schon vor 2008 bestanden. Die Verwaltungsstrukturreform habe zu keiner Verschlechterung geführt.

Herr Lieberoth-Leden stellt klar, dass das neue Konzept des Fahrplans Problemfälle offenlege und zur Ursachenermittlung beitrage. Außerdem solle der Fahrplan Transparenz schaffen und habe als Bericht an den Landtag Kommunikationswirkung nach außen.

Herr Matthes ergänzt, dass die Farbgebung die Visualisierung vereinfachen solle. Es sei positiv, wenn die Maßnahmen planbar werden. Rot könne grün werden, auch wenn eine zeitliche Verzögerung statfinde.

Herr Hülser beklagt, man könne die Probleme nicht gemeinsam lösen. Dies habe man bisher in keinem Jahr geschafft. Die Bezirksregierung habe ihm 1,5 Mio. € an Förderleistungen gestrichen. Die Zusammenarbeit würde gegenseitig erschwert werden. Dies helfe nicht, Lösungen zu finden.

Herr Matthes entgegnet, dass auch ohne Kürzungen durch die Bezirksregierung der Landesrechnungshof ausgewählte Fördervorgänge prüft, was zur Folge haben könne, dass Fördermittel zurückgefordert werden müssten.

Herr Lieberoth-Leden stimmt zu, dass die Probleme angegangen werden müssten. Die Weiterentwicklung des Fahrplans sei damit verbunden, dass alle Beteiligten sich zusammensetzten und herausarbeiteten, wie die Maßnahmen vorangetrieben werden können. Er wirbt für das neue Ampelsystem des Fahrplans und stellt klar, dass dieses ein Arbeitsauftrag an alle Beteiligten sei.

Herr Paeßens vertritt die Auffassung, dass die Zusammenarbeit mit dem damaligen Staatlichen Umweltamt besser funktioniert habe. Seit der Eingliederung in die Bezirksregierungen sei die Abstimmung für das Ehrenamt schwerer geworden. Er fordert mehr Unterstützung, Beratung und Mitwirkung der Bezirksregierung bei wichtigen Entscheidungen.

Herr Scheers (DV Bislich-Landesgrenze) weist auf die zeitliche Zielsetzung des Fahrplans von 2025 auf nun 2035 hin und unterstreicht, dass sich zum Teil für sanierungsbedürftige Anlagen auch nach 25-jähriger Planungszeit kein Fortschritt erkennen ließe und es immer schwerer würde, hierfür die Akzeptanz bei der Bevölkerung wie auch bei den niederländischen Kollegen zu erhalten. Dafür möchte er die Verantwortung nicht mehr tragen.

Herr Hülser weist darauf hin, dass er dem Fahrplan nur zustimmen könne, wenn die vorgetragenen Punkte des AK HuG (TOP 2.3) ernst genommen werden würden und Berücksichtigung fänden.

Herr Lieberoth-Leden hält eine gemeinsame Diskussion und einen maßnahmenbezogenen Dialog für erforderlich und sagt diesen zu. Er sei optimistisch, dass Fortschritte bereits 2023 zu verzeichnen sein würden.

Herr Klump (Landeshauptstadt Düsseldorf) verweist auf die Aussage von Herrn Paeßens und vertritt hierzu eine andere Meinung. Die Landeshauptstadt fühle sich entgegen den Aussagen anderer HWS-Pflichtiger durch die Bezirksregierung gut beraten.

Diese Aussage bekräftigt Frau Schäfer (BRW), sie sehe keine Defizite im Haus der Bezirksregierung und fühle sich sehr gut betreut.

Herr Friedrich entgegnet hierzu, dass es sich um keine persönliche Kritik an einzelnen Mitarbeitern der Bezirksregierung handele. Er sehe das Problem darin, dass mit der Verwaltungsstrukturreform Technik und Verwaltung in einem Haus zusammengefasst seien und die Trennung von Beratung und gleichzeitiger Neutralität schwierig sei.

Herr Paeßens erinnert an frühere Teilnahmen der Juristen an Verbands-sitzungen und stellt die Frage, warum dies heutzutage nicht mehr erfolge.

Herr Matthes entgegnet, dass aufgrund der Personalkapazität eine Teilnahme der Juristen der Bezirksregierung nur zu zwingend erforderlichen Themenschwerpunkte erfolgen könne und bittet um rechtzeitige Anmeldung dieser Themen.

Herr Bauers (DV Dormagen-Zons) und Herr Hülser bemängeln ebenfalls die fehlende Teilnahme der Bezirksregierung an den Erbentagsitzungen und wünschen sich mehr Hilfe.

Herr Matthes verweist auf seine vorherige Aussage.

Herr Matthes fragt noch einmal bei den Anwesenden nach, ob weiterhin Bedenken gegen die Verabschiedung der Neuausrichtung bestünden. Da keine weiteren Rückmeldungen erfolgen, wird die Neuausrichtung des Fahrplans Deichsanierung verabschiedet.

Herr Lieberoth-Leden schließt sich der Verabschiedung an und bedankt sich für die Unterstützung der Anwesenden.

Verschiedenes

Herr Matthes kündigt an, dass die Bezirksregierung sich intensiv mit den Auswirkungen des OVG-Urteils auseinandersetzen und Erfahrungen mit

den HWS-Pflichtigen sammeln werde. Diese sollen dann in der nächsten Dienstbesprechung ausgetauscht werden. Die Dienstbesprechung solle im Frühjahr 2023 stattfinden. Seitens der Bezirksregierung wird auf die Änderungen in der Kampfmittelverordnung NRW vom 01.06.2022 eingegangen. Herr Vogelbacher (Dezernat 22) führt an, dass das Dezernat 22 gerade einen Leitfaden zum besseren Verständnis ausarbeite.

Herr Matthes bittet bezüglich der Dienstbesprechung um zeitnahe Themenanmeldungen durch die HWS-Pflichtigen.

Weiterhin gibt er bekannt, dass die nächste Sitzung zum „Fahrplan Deichsanierung“ im kommenden Jahr wieder Ende September stattfinden solle. Der genaue Termin werde den HWS-Pflichtigen Anfang des Jahres 2023 angekündigt.

Auf die Frage von Herrn Bauers, ob der Hochwasserschutz laut Internetseite nicht mehr die Kernkompetenz der Bezirksregierung sei, erwidert Herr Matthes, dass der Internetauftritt der Bezirksregierung neugestaltet und vereinheitlicht worden sei. Die Präsentation direkt auf der Hauptseite im Internetauftritt werde im Hinblick auf die zahlreichen Kernkompetenzen der Bezirksregierung regelmäßig variiert.

Verabschiedung

Herr Haase verabschiedet die Teilnehmer und bedankt sich für eine aufschlussreiche Sitzung. Das neue Ampelsystem schaffe mehr Transparenz und sei wichtig mit Blick auf weitere Diskussionen im kommenden Jahr. Er bittet darum, auf gegenseitige Schuldzuweisungen zu verzichten.

Herr Schlapka bedankt sich ebenfalls für die rege Diskussion und verabschiedet die Anwesenden.

Gez. Patrycja Drapala

Carina Haarmann